

Ordentlicher Antrag des Ortsvereins Aschaffenburg-Nilkheim (347111000700) an den Bezirksparteitag Unterfranken

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen (1) zu unterzeichnen und den Abzug der letzten Atomwaffen aus Deutschland zu erwirken.

→ Begründung:

- “Wir treten ein für den Abzug sämtlicher Atomsprenköpfe, die auf deutschem Boden lagern.” und: “Wir setzen uns dafür ein, eine internationale rechtsverbindliche Ächtung des Einsatzes von Atomwaffen durchzusetzen.” (Hamburger Programm der SPD) (2)
- Dies sind die zentralen Aussagen des Hamburger Programmes der SPD aus dem Jahre 2007. Sie sind nicht Teil der Regierungspolitik Deutschlands geworden und harren der Verwirklichung.
-
- Alle großen Fraktionen des Bundestages haben 2010 an die Regierung appelliert, sich dafür einzusetzen, daß die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden (3).
- “Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen” (Koalitionsvertrag 2018) (4). Der Satz findet sich wortgleich im Koalitionsvertrag 2013. Gerade diese Verhandlungen jedoch treten auf der Stelle.
- Gleichzeitig ist das Risiko eines versehentlich ausgelösten Atomkrieges weiterhin gegeben, wohl genauso hoch wie im kalten Krieg. Mindestens dreimal entging die Welt in früheren Jahren einem Atomschlag nur knapp (Kuba-Krise 1962, Fehlfunktion des sowjetischen Frühwarnsystems Sept. 1983, Manöver Able Archer November 1983) (5).
- Die tiefe Besorgnis der Staaten über die katastrophalen Folgen eines Atomwaffeneinsatzes wurde bereits 2010 bei der Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag formell zum Ausdruck gebracht. 2013 und 2014 gab es Regierungskonferenzen in dieser Sache (6). Norwegen, Mexiko und Österreich luden dazu ein. Gleichzeitig schlossen sich immer mehr Staaten der “Humanitären Initiative” an. Bei der Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag haben sich 159 Staaten, so viele wie nie, auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt. Am 07.07.2017 haben dann von den 193 UN-Staaten 122 Staaten für die Verabschiedung eines Atomwaffenverbotsvertrags gestimmt. Statt sicherheitspolitischer Theorie werden hier die tatsächlichen Auswirkungen in den Mittelpunkt gerückt. Daher müssen die Waffen – wie bereits alle anderen Massenvernichtungswaffen erfolgreich- völkerrechtlich geächtet werden.
- Der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ist inzwischen von 69 Staaten formell unterzeichnet und von 19 ratifiziert worden (Stand November 2018) (6), darunter von unserem Nachbarland Österreich. Die den Verbotsvertrag propagierende Organisation ICAN wurde mit dem Friedensnobelpreis 2017 ausgezeichnet.
- Ein Verbotsvertrag zu Atomwaffen würde den Atomwaffensperrvertrag mittels einer Rechtsnorm stärken. Es ist gelungen, bakteriologische und chemische Waffen zu ächten und weitestgehend

zu vernichten. Beiden Abkommen sind fast alle Staaten der Welt beigetreten. Genau dies strebt die Initiative (engl. Humanitarian Pledge) bei den Nuklearwaffen an (7).

→ Es existieren Pläne für eine kontrollierte, schrittweise Abrüstung (8) mit einflussreichen Fürsprechern (9). Vorbild könnte die erfolgreiche Abschaffung der Mittelstreckenraketen sein (INF-Vertrag, aus dem sich die USA inzwischen zurückziehen wollen (10)).

→

→ Allerdings lagern in Deutschland, an nur noch einem Standort, nämlich in Büchel in der Eifel, noch ca. 20 amerikanische Nuklearbomben (11), die im Rahmen der nuklearen Teilhabe im Kriegsfall durch deutsche Tornados transportiert würden. Sie sollen bis 2020 modernisiert werden. Diese Waffen sind heute (wörtliche Aussage W. Steinmeier, damals Außenminister) militärisch obsolet (12). Schon der ehemalige Außenminister Westerwelle der FDP hatte sich für ihren Abzug eingesetzt (13).

→ Eine Unterzeichnung des Vertrages zum Verbot von Kernwaffen (14) und ein Verbleib amerikanischer Atomwaffen in Deutschland schliessen sich jedoch aus. Die gleichzeitige völkerrechtliche Ächtung der Nuklearwaffen und eine Duldung amerikanischer taktischer Atombomben in Deutschland sind nicht langfristig möglich. Ein Abzug der in Deutschland verbliebenen amerikanischen Atomwaffen wäre ein Signal an das seinerseits aufrüstende Rußland. Eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa wie in anderen Teilen der Welt würde möglich (15).

→ Das Thema scheint nur vordergründig nicht aktuell. In einer Umfrage haben sich 85% der Bundesbürger für einen Abzug der amerikanischen Atomwaffen ausgesprochen (16).

→ Der Antrag berührt konventionelle Rüstung/Abrüstung nicht.

Quellen:

1: humanitarian pledge (Wiener Dokument), beigelegt

2: Hamburger Programm der SPD von 2007, S. 24

3: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/046/1804685.pdf>

4: [Koalitionsvertrag 2018, S.148](#)

5: https://de.wikipedia.org/wiki/Able_Archer_83

6: <http://www.icanw.org/status-of-the-treaty-on-the-prohibition-of-nuclear-weapons/>

7: [der Freitag, Nr. 22, 28. Mai 2015, S. 9](#)

7: <http://www.icanw.de/grunde-fur-ein-verbot/offizielle-positionen/>

8: https://de.wikipedia.org/wiki/Global_Zero#Global_Zero_Handlungsplan

9: https://de.wikipedia.org/wiki/Chuck_Hagel

10: <https://de.wikipedia.org/wiki/INF-Vertrag>

11: https://de.wikipedia.org/wiki/Fliegerhorst_B%C3%BCchel

12: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nuklearwaffen-in-deutschland-steinmeier->

[fordert-abzug-von-us-atombomben-a-618398.html](#)

[13: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/streit-ueber-atomwaffen-abruetzung-westerwelle-legt-sich-mit-clinton-an-a-680122.html](#)

[14: Vereinte Nationen A/CONF.229/2017/8](#)

*

[15: https://de.wikipedia.org/wiki/Atomwaffenfreie_Zone](#)

[16: http://www.icanw.de/neuigkeiten/forsa-umfrage-ueberwaeltigendes-votum-fuer-abzug-und-verbot-von-atomwaffen/](#)

für den Vorstand des OV Nilkheim

Dezember 2018

Dr. R. Böhlau (Eichenweg 36, 63741 Aschaffenburg)